

Geheimer israelischer Bericht liefert keine Beweise dafür, dass palästinensische NROs zu „Terroristen“ erklärt werden können

Yuval Abraham, Oren Ziv und Meron Rapoport, 972mag.com, 04.11.21

Israel hoffte, dass ein geheimes Dokument des *Shin Bet* die europäischen Regierungen davon überzeugen würde, die Finanzierung palästinensischer Menschenrechtsgruppen aufzugeben. +972 konnte den Bericht einsehen und fand keine tatsächlichen Beweise, die Israels Behauptungen rechtfertigen würden.

Am 22. Oktober erklärte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz sechs prominente palästinensische Menschenrechtsgruppen zu „terroristischen Organisationen“ und begründete dies mit angeblichen Verbindungen zur *Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)*, einer linken palästinensischen Partei und militanten Bewegung. Trotz der Schärfe der Erklärung, die angeblich auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen des *Shin Bet* beruht, legte Israel keine Dokumente vor, die die sechs Organisationen direkt oder indirekt mit der *PFLP*, oder mit irgendwelchen Gewaltakten in Verbindung bringen.

Hochrangige Vertreter in mindestens fünf europäischen Ländern erklärten, der Bericht enthalte keine „konkreten Beweise“, und beschlossen deshalb, die Organisationen weiterhin finanziell zu unterstützen.

Auf welche Beweise stützt sich diese Erklärung dann eigentlich? Diese Frage ist in den letzten zwei Wochen von Menschenrechtsorganisationen, sowie von einer kleinen Zahl von Knessetmitgliedern und hochrangigen Vertreter:innen israelfreundlicher Länder gestellt worden. Eine Quelle innerhalb des Verteidigungsministeriums wurde in den israelischen Medien mit den Worten zitiert, die Beweise gegen die palästinensischen Gruppen seien „felsfest“. Informationen aus geheimen Dokumenten, die wir hier zum ersten Mal veröffentlichen, lassen jedoch ernsthafte Zweifel an dieser Behauptung aufkommen.

Seit Mai dieses Jahres haben Abgesandte des israelischen Außenministeriums immer wieder an die internationale Gemeinschaft appelliert, dass die sechs palästinensischen Organisationen - *Al-Haq*, *Addameer*, *Bisan Center*, *Defense For Children International PALESTINE*, die *Union of Agricultural Work Committees* und die *Union of Palestinian Women's Committees*(1) - eng mit der *PFLP* verbunden und sogar an der Finanzierung terroristischer Aktivitäten beteiligt seien.

Nach den uns vorliegenden Informationen konnte der Bericht diese ausländischen Regierungen jedoch nicht überzeugen. Hochrangige Vertreter:innen in mindestens fünf europäischen Ländern erklärten, der Bericht enthalte keine „konkreten Beweise“, und beschlossen deshalb, die Organisationen weiterhin finanziell zu unterstützen. Um die Anschuldigungen gegen die NROs, von denen einige international hohes Ansehen genießen, zu stützen, schickten israelische Vertreter im Mai 2021 einen 74-seitigen, geheimen Bericht des *Shin Bet* an Vertreter europäischer Länder, in der Hoffnung, diese davon zu überzeugen, die Finanzierung der Organisationen einzustellen.

+972, *Local Call* und *The Intercept* konnten in den Besitz des geheimen Dossiers des *Shin Bet*, und Hunderte Seiten mit Zusammenfassungen der Verhöre zweier palästinensischer Buchhalter durch den *Shin Bet* und die israelische Polizei in hebräischer Sprache gelangen: Said Abdat und Amro Hamuda. Beide arbeiteten für eine palästinensische Organisation, die in Gantz' Verfügungen garnicht aufgeführt war, die *Health Work Committees*, und beide wurden von der NRO entlassen, nachdem sie des finanziellen Fehlverhaltens verdächtigt wurden.

Keine der in dem Bericht des *Shin Bet* erwähnten Aussagen wird durch konkrete Beweise untermauert, auch nicht durch Dokumente oder Belege, die die Behauptungen der Buchhalter belegen, die für keine der sechs Organisationen gearbeitet hatten.

Das Dokument, das den Europäern zugeschickt wurde, stützt sich fast ausschließlich auf die Aussagen von Abdat und Hamuda. Darin wird behauptet, dass diese Zeugenaussagen beweisen, dass die sechs Organisationen Teil eines von der *PFLP* betriebenen Netzwerks waren und dass die Gelder, die die Organisationen erhielten, für die bewaffneten Aktivitäten der *PFLP* verwendet werden.

Eine Überprüfung der „Beweise“ des Berichts, sowie eine Prüfung der Zusammenfassungen der wiederholten Verhöre von Abdat und Hamuda zeigen jedoch, dass die beiden Buchhalter, die für keine der sechs betroffenen Organisationen gearbeitet haben, sich bei ihren Anschuldigungen größtenteils auf allgemeine Hypothesen stützten, auf das, was sie als „Allgemeinwissen“ bezeichneten, oder auf Informationen, von denen sie behaupteten, sie seien allgemein „bekannt“.

Wichtiger ist, dass selbst die unbewiesenen Aussagen von Abdat und Hamuda allenfalls darauf hindeuten, dass einige dieser Organisationen an zivilen und öffentlichen Aktivitäten wie Studentenveranstaltungen, Unterstützung für Kranke und Poesie-Kursen beteiligt waren, die Teil der Arbeit der *PFLP* als Bewegung in der palästinensischen Gesellschaft sind. Der Anwalt Abdats, vermutet außerdem, dass sein Mandant durch Verhörmethoden unter Druck gesetzt wurde, die auf Folter oder Misshandlung hinauslaufen könnten.

Diese wesentlichen Aspekte der Zeugenaussagen von Abdat und Hamuda wurden im Dossier des *Shin Bet* nicht erwähnt. Im Gegensatz zu den Behauptungen des israelischen Verteidigungsministeriums enthielt das Dossier keinen einzigen Beweis dafür, dass die sechs Organisationen ihre Gelder an die *PFLP*, oder für gewalttätige Aktivitäten abgezweigt haben. Die in dem Dossier erhobenen Vorwürfe gegen die sechs NROs sind fast identisch mit den Anschuldigungen in Gantz' Ankündigung vor zwei Wochen. Die Verhöre der Buchhalter, die zwischen März und Mai dieses Jahres stattfanden, wurden vom Ministerium ebenfalls als Quelle für die Vorwürfe genannt.

Seit Mai hat Israel Razzien in den Büros von drei der sechs Menschenrechtsgruppen durchgeführt und möglicherweise zusätzliche Beweise für eine direkte Verbindung zwischen den Organisationen und der *PFLP* erhalten. Hochrangige Vertreter aus zwei europäischen Ländern, die mit +972, *Local Call* und *The Intercept* unter der Bedingung anonym zu bleiben sprachen, sagten jedoch, dass Israel seit Gantz' Ankündigung alle Anfragen nach weiteren Informationen in dieser Angelegenheit ignoriert hat und andere führende Vertreter aus drei weiteren europäischen Ländern haben gegenüber den Medien entsprechende Erklärungen abgegeben(2).

Zwei amerikanische Quellen, die mit den Details der Angelegenheit vertraut sind, sagten außerdem, dass eine israelische Delegation nach Washington geschickt wurde, um nach der Empörung über die Terrorbezeichnung Schadensbegrenzung zu betreiben, und sich mit Mitgliedern des Kongresses und Mitarbeitern des Kongresses traf, um zu versuchen, Gantz' Ankündigung zu erklären. Eine der Quellen sagte, dass die Dokumente, die die Delegation den US-Abgeordneten präsentierte, denen, die den Europäern im Mai vorgelegt wurden, sehr ähnlich waren und fügte hinzu: „Das ist alles, was die Mitglieder des Kongresses gesehen haben.“ Die beiden amerikanischen Quellen, die um Anonymität baten, weil sie nicht befugt waren, über die diplomatischen Vorgänge zu sprechen, sagten, es gebe Pläne, dieselben Dokumente auch dem US-Außenministerium vorzulegen, das früheren Nachrichtenberichten zufolge von der israelischen Regierung mehr Informationen über die Einstufung verlangt hatte.

Die „Beweise“ des *Shin Bet*

Der als geheim eingestufte Bericht, auf dem das Logo des Shin Bet zu sehen ist, trägt den Titel: *Findings of Inquiry* [Untersuchungsergebnisse]: Ausländische Finanzierung der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* durch ein Netzwerk von „zivilgesellschaftlichen“ Organisationen. Das Dokument beginnt mit Hintergrundinformationen über die *PFLP* (die von Israel, den USA und der EU als „terroristische Organisation“ eingestuft wird) und ihre bewaffneten Operationen seit den 1970er Jahren und fährt fort mit der Behauptung, dass die *PFLP* zivilgesellschaftliche Organisationen gegründet hat, die als Tarnorganisationen dienen. Dem Dokument zufolge verfolgen einige dieser Nichtregierungsorganisationen zwar humanitäre Ziele, doch ein Teil der an sie gezahlten Spenden „ist der terroristischen Organisation selbst zugeflossen“.

In dem Bericht werden die Schweiz, Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Belgien, Schweden, Spanien und die Europäische Union als Länder und Einrichtungen genannt, die die sechs Nichtregierungsorganisationen finanziell unterstützen, und das Dossier zielt höchstwahrscheinlich darauf ab, sie davon zu überzeugen, den Gruppen die Finanzierung zu entziehen. Doch sowohl der niederländische Außenminister als auch der belgische Minister für wirtschaftliche Entwicklung haben öffentlich erklärt, dass der Bericht „nicht einen einzigen konkreten Beweis“ enthalte. Belgien und Schweden erklärten, sie hätten unabhängige Prüfungen des Finanzgebarens der sechs Organisationen und ihrer Verbindungen zur *PFLP* durchgeführt. Beide Länder fanden keine Beweise für die Behauptungen des *Shin Bet*.

Der größte Teil des Berichts befasst sich nicht mit den sechs von Gantz angekündigten NROs, sondern mit einer siebten palästinensischen Organisation, dem *Health Work Committee*. Die Organisation, die in der gesamten besetzten Westbank medizinische Zentren betreibt, wurde in Gantz' Erklärung nicht berücksichtigt, da sie bereits im Januar 2020 verboten wurde, nachdem der stellvertretende Direktor der Gruppe, Walid Hanatshah, beschuldigt wurde, im August 2019 die Ermordung der 17-jährigen Israelin Rina Shnerb durch einen Bombenanschlag am Straßenrand geplant zu haben. Anfang dieses Jahres wurden fünf Angestellte der *Health Work Committees* - darunter die Direktorin Shatha Odeh verhaftet und verhört, weil sie verdächtigt wurden, Gelder für *PFLP*-Aktivitäten unter Verwendung falscher Finanzberichte veruntreut zu haben.

Darüber hinaus wurden zwei Mitarbeiter der *Union of Agricultural Work Committees*, einer der sechs NROs, im Zusammenhang mit dem Mord an Shnerb verhaftet, vielleicht die einzige bekannte Verbindung zwischen einem Mitglied der sechs Gruppen und Gewaltakten. Nach dem Mord verhafteten die israelischen

Sicherheitskräfte Dutzende politischer Aktivist:innen, Mitarbeiter:innen verschiedener Menschenrechtsorganisationen, Aktivist:innen und Student:innen wegen des Verdachts auf Verbindungen zur *PFLP*, darunter auch Khalida Jarrar, ein Mitglied des palästinensischen Legislativrats der *PFLP*. Im Fall von Jarrar gab der *Shin Bet* eine dramatische Erklärung ab, in der er sie mit den gewalttätigen Aktivitäten der *PFLP* in Verbindung brachte, obwohl dieser Vorwurf in der Anklageschrift überhaupt nicht vorkam und sie nie wegen Verbindungen zu Gewalttaten verurteilt wurde.

Finanzierung von Terror – ohne jegliche Beweise

Der Bericht enthält neun gefälschte Quittungen, die von den *Health Work Committees* ausgestellt wurden, sowie eine Tonaufnahme von Hamuda, in der er angeblich zugibt, solche Quittungen zu fälschen. Der Bericht zitiert ein Telefongespräch, das er mit einem anderen Mitarbeiter führte und in dem Hamuda gesagt haben soll: „Für jedes Projekt kauft ihr etwas Tatsächliches und etwas, das nicht echt ist. Was nicht real ist, werden wir aufblähen und an den Geldgeber weiterleiten, der den Betrag bezahlen wird. Auf diese Weise werden wir die Schulden des *Health Work Committees* abbauen.“

Diese Quittungen, sowie die anderen Hunderte von Seiten der *Shin Bet*- und Polizeiermittlungen liefern jedoch keinen Beweis dafür, dass die angebliche Veruntreuung von Geldern der Organisation zum Zweck der Finanzierung von Gewalttaten erfolgt ist.

So beschuldigte der Vernehmungsbeamte Hamuda während seines Verhörs am 29. März wiederholt, er habe „mit Rechnungen gespielt“, um die *PFLP* zu unterstützen. Den Dokumenten zufolge antwortete Hamuda, dass er zwar hier und da Spielchen gespielt habe, aber nicht für die Zwecke der *PFLP*, sondern, weil das *Health Work Committee* Schulden bei den Dienstleistern habe“. Diese Teile der Untersuchung sind in dem den Europäern übermittelten israelischen Bericht nicht enthalten.

Die gefälschten Quittungen, die den Europäern vorgelegt wurden, stammen ausschließlich von den *Health Work Committee* und werden von allgemeinen Behauptungen von Abdat und Hamuda ergänzt. Über das *Union of Agricultural Work Committee* sagte Abdat während seines Verhörs am 7. April: „Ich nehme an, dass die Druckerei Bisan [die nichts mit dem Bisan-Zentrum zu tun hat, einer der sechs Gruppen in Gantz' Erklärung] Dienstleistungen für das *Union of Agricultural Work Committee* erbringt und ihnen auch hilft, Quittungen zu fälschen.“ Bezüglich dem *Palestinian Women's Committee* und dem *Bisan Center* behauptete Abdat, er habe den Mitarbeitern dieser Organisationen beigebracht, wie man „Dokumente und Belege fälscht, um Gewinne zu machen“. Für seine Behauptung wurden keine Beweise vorgelegt.

In Anbetracht der unbewiesenen Zeugenaussagen scheint der Wert der Beweise des *Shin Bet* sehr gering zu sein, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Buchhalter nie für die sechs Organisationen gearbeitet haben, über die sie ausgesagt haben, und vom *Health Work Committee* wegen des Verdachts auf finanzielles Fehlverhalten entlassen wurden.

Ideologische Unterstützung für Tanzunterricht

Abdat und Hamuda behaupteten angeblich, es sei „bekannt“, dass die sechs Organisationen mit der *PFLP* „in Verbindung stehen“. Als er z.B. am 7. April zu *Al-Haq* befragt wurde, sagte Abdat, dass es jedem, der nicht Mitglied der *PFLP* ist, „verboten ist, bei *Al-Haq* zu arbeiten“. Bezüglich der *UAWC* und

DCI-PALESTINE erklärte Abdat den Vernehmungsbeamten, dass beide Organisationen mit der PFLP in Verbindung stünden oder ihr unterstehen.

Der Shin Bet-Vernehmungsbeamte fasste die Bemerkungen Abdats bei der Vernehmung am 6. April folgendermaßen zusammen: „Die Institutionen gehören zur PFLP, sind miteinander verbunden und bilden wirtschaftlich und organisatorisch den Lebensnerv der Organisation. Das heißt, durch Geldwäsche und durch die Finanzierung der Aktivitäten der PFLP.“ Der Vernehmungsbeamte fasste Hamudas Äußerungen in seinem Verhör vom 31. März so zusammen: „Die PFLP betreibt Institutionen, Zentren und Komitees in einer zentralisierten Art und Weise mit dem Ziel, Gelder für die Aktivitäten der PFLP zu erhalten.“ Auf die Frage, wie das Geld an die PFLP transferiert wird und für welche Zwecke, antwortete Hamuda, dass er es „nicht genau weiß“.

In sämtlichen Fällen, in denen Abdat und Hamuda aufgefordert wurden ihre Aussagen zu präzisieren, was sie mit „PFLP-Aktivitäten“ meinten, beschrieben sie jedoch nur Bildungs- oder humanitäre Projekte. In keinem Fall wurde die Finanzierung von Gewalttaten beschrieben. Auf die Frage, woher er wisse, dass „Geld in die Aktivitäten der PFLP geflossen sei“, antwortete Abdat, dass er „Quittungen gesehen hat, die für verschiedene PFLP-Aktivitäten verwendet wurden, z. B. für *Dabke*-Kurse [ein traditioneller palästinensischer Tanz], die in Ramallah, Bethlehem und Jerusalem abgehalten wurden“. Lediglich der erste Teil dieses Satzes wurde den Europäern vorgelegt, während der zweite Teil - aus dem hervorgeht, dass sich die Quittungen auf einen Tanzkurs beziehen - in dem Bericht nicht erwähnt wurde.

Am 29. März wurde Hamuda während seiner Vernehmung gefragt, welche Aktivitäten der PFLP vom *Health Work Committee* finanziert werden, worauf er antwortete: „Das sind verschiedene Aktivitäten für Studenten, wie z.B. Sommerlager.“ In einer separaten Befragung antwortete Hamuda, dass sie „Kurse über Führung mit externen Referenten und Kurse für Frauen über ihre Rechte“ finanzierten. Auf die Frage des Vernehmungsbeamten am 29. März, wie diese Organisationen die PFLP unterstützen, antwortete Hamuda, dass er es nicht wisse.

In den Hunderten von Seiten der Vernehmungsprotokolle gibt es tatsächlich nur einen einzigen Hinweis auf militärische Aktivitäten. Laut der Zusammenfassung seines Verhörs vom 8. April behauptete Abdat, es gebe ein PFLP-Komitee, das „über die Aufteilung der Gelder zwischen militärischen Aktivitäten und Organisationen entscheidet“. In dem Bericht erscheint dieser Teil zwar, aber es wird nicht erwähnt, dass Abdat auch hinzugefügt hatte: „Ich weiß nicht, wie die Gelder an das Komitee gelangen und wie sie die Gelder verteilen.“ Als er aufgefordert wurde, die Aktivitäten der PFLP zu beschreiben, sprach Abdat nur von „Aktivitäten auf dem Universitätscampus, Unterstützung für Verwundete oder Kranke und Unterstützung für die Familien von Märtyrern und Gefangenen“.

Abdat erzählte den Vernehmungsbeamten auch, dass drei der sechs Organisationen eine Bildungsinitiative mit dem Namen *Kanan-Projekt* unterstützten, die seinen Angaben zufolge mit der PFLP verbunden ist. In seinen Mitteilungen an israelische Journalisten erwähnte das Verteidigungsministerium auch das *Kanan-Projekt* als einen der Gründe, warum die UAWC zu einer terroristischen Organisation erklärt wurde.

Doch selbst in diesem Fall wurden die Einzelheiten der Aktivitäten selbst nicht in dem Bericht aufgeführt, wahrscheinlich um den Eindruck einer geheimen Tätigkeit zu erwecken. Aus den Ermittlungsunterlagen geht

hervor, dass Abdat am 6. April dem Vernehmungsbeamten sagte, das *Kanan-Projekt* „konzentriere sich auf die Rehabilitation von Jugendlichen, *Dabke*-Kurse, *PFLP*-Kurse mit *PFLP*-Inhalten, die Vorbereitung auf Sommerlager, Sportwettbewerbe und Freiwilligenarbeit, Studien und Forschung, Campus-Aktivitäten und Aktivitäten für Jerusalemer Jugendliche gegen die zionistische Besatzung“. Alle Kurse werden von Mitgliedern der *PFLP* geleitet und beinhalten *PFLP*-bezogene Inhalte. Nach Angaben des *Shin Bet* wird das *Kanan-Projekt* von der baskischen Regierung über die Stiftung *Mundubat(3)* [„Eine Welt“ auf Baskisch] unterstützt.

Am selben Tag befragten die Vernehmungsbeamten des *Shin Bet* Abdat auch zu einem weiteren Projekt mit der Bezeichnung „Fünf Gesellschaften“, an dem vier der sechs Organisationen beteiligt sein sollen und dessen Aktivitäten öffentlich bekannt sind. Die Vernehmungsbeamten fassten Abdats Antworten wie folgt zusammen:

Im Rahmen des Projekts *Five Assoziations*:

Die Organisation *Defense for Children International*, *PALESTINE* veröffentlichte die Verhaftungen und Angriffe auf Jugendliche unter 18 Jahren durch die „israelische Besatzung“.

Das *Bisan Center* befasste sich mit der Finanzierung eines Anwalts für Inhaftierte sowie mit Sommerlagern für entlassene *PFLP*-Häftlinge.

Das *Health Work Committee* befasste sich mit der Wahrnehmung der medizinischen Rechte der Bewohner:innen Ostjerusalems gegenüber israelischen Einrichtungen und mit den Aktivitäten junger Menschen im Namen der *PFLP*, wie z. B. Theater- und Poesiekursen.

Die *Union of Palestinian Women's Committees* befasste sich mit der Wahrnehmung von Rechten im Zusammenhang mit den Rechten der Frauen, insbesondere zugunsten von Frauen, die die *PFLP* unterstützen.

Mutmaßlicher „Druck“ bei Vernehmungen

Keine der in dem Bericht des *Shin Bet* erwähnten Aussagen wird durch konkrete Beweise untermauert, auch nicht durch Dokumente oder Belege, die die Behauptungen der Buchhalter belegen. Aus den Zusammenfassungen der Verhöre von Abdat und Hamuda geht außerdem hervor, wie schlecht sie mit den sechs in Gantz' Erklärung aufgeführten Organisationen vertraut waren. So erwähnte Hamuda bei seiner Vernehmung am 31. März die sechs Gruppen, wies aber fälschlicherweise darauf hin, dass die Parlamentarierin Khalida Jarrar, die Direktorin von *Addameer* sei, einer Organisation, die sich für die Rechte palästinensischer politischer Gefangener einsetzt, obwohl sie die Organisation seit 2006 nicht mehr leitet (die derzeitige Direktorin von *Addameer* ist die Anwältin Sahar Francis).

Rechtsanwalt Labib Habib, der Abdat vertritt, sagte, dass die israelischen Vernehmungsbeamten ihn wiederholt unter Druck setzten, die anderen sechs Organisationen zu belasten, und dass die Ermittlungen so lange fortgesetzt wurden, bis er sich bereit erklärte, zu sagen, dass sie zur *PFLP* gehörten.

„Diese Aussage hat keinerlei Beweiskraft“, sagte Habib, „weil [Abdat] nicht über die relevanten Daten verfügt, anhand derer er feststellen kann, was [zur *PFLP*] gehört und was nicht. Abgesehen von der

Buchhaltung, die er für die Organisation, für die er gearbeitet hat, geführt hat, hat er keine Möglichkeit, so etwas festzustellen.“

Habib sagte, er habe einen Antrag auf Nichtzulassung der Zeugenaussage seines Mandanten gestellt. „Er wurde stark unter Druck gesetzt, [die Vernehmer] drohten damit, seine Frau und seine Familie zu verhaften, sie übten Druck auf seine Familienmitglieder aus“. Nach Angaben von Habib wurde sein Mandant an manchen Tagen 22 Stunden am Stück verhört. Er sagte auch, dass Abdat während des Verhörs mehrmals in Ohnmacht fiel, woraufhin die *Shin Bet*-Vernehmer ihn mit Wasser übergossen und das Verhör fortsetzten, ohne ihm eine angemessene medizinische Behandlung zu ermöglichen.

Habib erklärte außerdem, dass Abdat während des gesamten Verhörs die Hände auf dem Rücken gefesselt und die Beine gefesselt waren (die so genannte *Shabah*-Position), was ihm starke Schmerzen bereitete. Außerdem wurde ihm während des größten Teils der Verhöre ein Treffen mit seinem Anwalt verwehrt. Nach den uns vorliegenden Unterlagen wurde Abdat 32 Mal verhört.

Khaled al-Araj, Amro Hamudas Anwalt, gab an: „Es gibt keinen einzigen Satz in den Ermittlungen, in dem Hamuda behauptet, Geld an die *PFLP* überwiesen zu haben... [Die Ermittler] haben seine Aussage verfälscht, um Menschenrechtsorganisationen zu verfolgen, das tun sie schon seit Jahren“.

Rechtsanwalt Tal Steiner, der Geschäftsführer des Öffentlichen Komitees gegen Folter in Israel, sagte, dass die von Abdats Anwalt geschilderten Praktiken des *Shin Bet* möglicherweise der Folter gleichkommen. „Die *Shabah*-Stressposition, fügt dem Gefangenen schweres körperliches Leid zu, bis hin zur Folter“, so Steiner. Er fügte hinzu, dass Schlafentzug dem Gefangenen schweren psychischen und physischen Schaden zufügt und dass die Drohung Familienmitglieder zu verhaften, um psychischen Druck auf den Gefangenen auszuüben - eine Maßnahme, die vom Obersten Gerichtshof Israels verboten wurde - als psychologische Folter angesehen werden kann.

Europäische Länder: „keine konkreten Beweise“

Mehreren Quellen zufolge konnte der israelische Bericht die europäischen Vertreter:innen nicht davon überzeugen, dass die Organisationen tatsächlich entweder mit der *PFLP* oder mit gewalttätigen Aktivitäten in Verbindung stehen.

So erklärte die belgische Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit, Meryame Kitir, während einer Diskussion im belgischen Parlament im Juli, dass ihre Regierung das Dossier erhalten habe, woraufhin sie die Verwaltung anwies, das Dokument „gründlich zu prüfen“. „Unsere Untersuchung ergab, dass es in dem israelischen Dokument keinen einzigen konkreten Beweis gibt, der den Verdacht auf Betrug in diesen Organisationen aufkommen lässt“, so Kitir weiter. „Ich wies die Verwaltung an, die Informationen erneut zu prüfen... die Untersuchungen wurden abgeschlossen und die Ergebnisse wurden mir im Juli übergeben. Auf dieser Grundlage habe ich festgestellt, dass es keinen Grund gibt, die Mittel für diese Organisationen einzufrieren.“

Noch während ihrer Amtszeit im Mai, erklärte die ehemalige niederländische Außenministerin Sigrid Kaag - deren Land drei der sechs Organisationen mitfinanziert -, ihre Regierung habe „Informationen aus Israel erhalten, wonach es eine Verbindung zwischen den palästinensischen Organisationen und der *PFLP* gäbe.“

Die Informationen über die Organisationen, die indirekt von den Niederlanden finanziert werden, wurden vom niederländischen Außenministerium geprüft, und es gibt keine konkreten Beweise, die diese Organisationen mit der *PFLP* in Verbindung bringen.“

Der Bericht ist „eine Kombination von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, die die Organisationen belasten und die bei Verhören von Personen aufgenommen wurden, die wegen anderer Dinge verhaftet wurden, zusammen mit mutmaßlichen Dokumenten, die darauf hindeuten, dass nicht jeder Dollar, den die Europäer einer der Gruppen zukommen ließen, für den vorgesehenen Zweck verwendet wurde, ohne jedoch einen Zusammenhang zwischen diesem Geld und dem Terror herzustellen“.

Lara Friedman, Leiterin der *Foundation for Middle East Peace*

Europäische Diplomaten in Israel, die das Dossier gesehen haben, erklärten gegenüber *+972*, *Local Call* und *The Intercept*, dass Israel ihnen trotz wiederholter Anfragen seit Mai keine neuen Beweise vorgelegt hat, um die Behauptungen zu untermauern, dass die sechs Organisationen europäische Gelder in Gewalt umleiten.

„Es wurde viel Druck auf uns ausgeübt, die Finanzierung zu stoppen, aber im von Israel vorgelegten Dokument gab es keine stichhaltigen Beweise gegen die Organisationen“, sagte ein stellvertretender europäischer Botschafter in Israel, der den Bericht gesehen hatte. „Wir haben uns diese Woche an das [israelische] Verteidigungsministerium gewandt und gesagt, dass wir, um einen solch drastischen Schritt zu vollziehen, konkretes Material sehen müssen, die ihre Behauptungen beweisen. Wir haben sie gebeten, uns zusätzliches Material zu schicken, aber wir haben seitdem nichts mehr erhalten. Vertreter:innen anderer Botschaften erhielten ähnliche Antworten.“

Ein hochrangiger EU-Vertreter, mit dem wir diese Woche sprachen, sagte ebenfalls, dass „das uns von Israel im Mai vorgelegte Dokument gelinde gesagt nicht überzeugend war“. „Wir haben uns unmittelbar nach der Ankündigung erneut an [die Israelis] gewandt, um weitere Informationen zu erhalten, aber bis jetzt haben wir noch nichts erhalten.“ „Uns wurde gesagt, dass alle weiteren Informationen nur über Geheimdienstkanäle weitergegeben werden.“

„Ein politischer Angriff unter dem Deckmantel der Sicherheit“

Der Bericht folgt auf ein Jahrzehnt, in dem Israel immensen Druck auf europäische Geber ausgeübt hat, die Finanzierung palästinensischer zivilgesellschaftlicher Organisationen einzustellen. Der Druck nahm erheblich zu, als das inzwischen aufgelöste israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten Sondermittel für die Kampagne bereitstellte.

Das Ministerium stellte Berichte zusammen, in denen behauptet wurde, dass viele palästinensische Menschenrechtsgruppen sowie Aktivist:innen, die sich für einen Boykott Israels einsetzen, mit terroristischen Organisationen in Verbindung stehen. Die Geberländer waren offensichtlich nicht überzeugt und froren ihre finanziellen Mittel nicht ein.

Die sechs Gruppen verurteilten die Behauptungen Israels öffentlich und bezeichneten sie als „politische Verfolgung“. Auf einer Pressekonferenz, die fünf der sechs Gruppen letzte Woche in Ramallah abhielten, erklärten Vertreter:innen der Organisationen, dass sie mit falschen Anschuldigungen zum Schweigen gebracht werden sollten, um sie selbst und ihre Arbeit, die israelische Menschenrechtsverletzungen aufdeckt, zum Schweigen zu bringen.

„Unsere Arbeit ist völlig legal und transparent“, erklärte Hisham Sharbati, der leitende Recheur von *Al-Haq*, vor zwei Wochen gegenüber +972“. „Unsere Geldgeber erhalten detaillierte Berichte. Wir stehen unter strenger Aufsicht, und jeder weiß, wohin jeder einzelne Schekel fließt.“

„Wir werden seit Jahren angegriffen, und zwar aus einem Grund: Wir sind erfolgreich darin, das Paradigma weltweit zu ändern, indem wir von Apartheid sprechen“, sagte *Addameer*-Direktorin Sahar Francis ebenfalls gegenüber +972. „Wir müssen zu den Wurzeln dieses Angriffs zurückkehren.“

Dem Menschenrechtsanwalt Michael Sfard zufolge, der *Al-Haq* im Rechtsstreit gegen die Einstufung vertritt, wurde der Bericht verschickt, um die Europäer davon zu überzeugen, die Finanzierung der Organisationen einzustellen. Aber „nachdem dieser Schritt gescheitert war, weil die Europäer die Anschuldigungen nicht glaubten, griffen [die israelischen Behörden] zu unkonventioneller Kriegsführung: Sie erklärten die Organisationen zu terroristischen Vereinigungen“.

Sfard sagte, die Entwicklung „begann im Ministerium für strategische Angelegenheiten - und nicht im Verteidigungsministerium, als sie zunächst als Organisationen eingestuft wurden, die ‚Israel delegitimieren‘. Alles beginnt und endet mit der Tatsache, dass diese Organisationen für einen Boykott Israels und die Untersuchung von Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof eintreten. Der Angriff auf sie ist politischer Natur unter dem Deckmantel der Sicherheit“.

Lara Friedman, Leiterin der *Foundation for Middle East Peace*, bezeichnete den Bericht als „eine Kombination von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, die die [sechs] Organisationen belasten und die bei Verhören von Personen aufgenommen wurden, die wegen anderer Dinge verhaftet wurden, zusammen mit mutmaßlichen Dokumenten, die darauf hindeuten, dass nicht jeder Dollar, den die Europäer einer der Gruppen zukommen ließen, für den vorgesehenen Zweck verwendet wurde, ohne dass jedoch ein Zusammenhang zwischen diesem Geld und dem Terror hergestellt wurde. Vor einem Gericht gilt dies nicht als höchstes Maß an Beweisen. Das ist kein Beweis.“ (Vollständige Offenlegung: *FMEP* ist ein finanzieller Unterstützer der gemeinnützigen Organisation, die das Online-Magazin +972 herausgibt).

Der Grund, warum die Europäer im Gegensatz zu den Amerikanern weitaus zurückhaltender sind, die israelischen Anschuldigungen als Wahrheit zu akzeptieren, ist laut Friedman das Ergebnis einer „langen Eskalation“.

„Die Israelis haben lange versucht, die Europäer dazu zu bringen, die Finanzierung dieser Gruppen einzustellen: zuerst, indem sie sie beschuldigten, Israel zu delegitimieren, dann, indem sie sie beschuldigten, terroristische Gruppen zu sein, und jetzt, indem sie sie beschuldigten, mit terroristischen Gruppen in Verbindung zu stehen“, so Friedman. „Dagegen ist man sich in den USA des Verfahrens zur Delegitimierung dieser Organisationen und zur Einstellung ihrer Finanzierung nicht bewusst. Wenn also die Israelis in Washington auftauchen und behaupten, sie hätten Beweise, wissen die Amerikaner es nicht besser.“

Nicht alle Abgeordneten in den USA sind bereit, Israels Behauptungen zu akzeptieren. Das Büro von Bernie Sanders im Senat plant Berichten zufolge eine Informationsveranstaltung für Mitarbeiter:innen des Kongresses, bei der einige der sechs NROs, sowie der Menschenrechtsanwalt Sfard als Redner auftreten sollen. „Wir hielten es für wichtig, dass die Vertreter:innen von den palästinensischen Gruppen selbst hören, um sich ein umfassendes Bild von den rechtlichen Auswirkungen und dem Kontext des Vorgehens gegen Bürgerrechtsaktivist:innen zu machen“, sagte Matt Duss, der außenpolitische Berater von Sanders.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels hatte das israelische Verteidigungsministerium noch nicht auf unsere Anfrage geantwortet, ob das Verteidigungsministerium über zusätzliche Beweise zu den sechs Organisationen verfügt, die über das hinausgehen, was den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten vorgelegt wurde.

Berichtigung: In der ursprünglichen Version dieses Artikels wurde Sigrid Kaag als die derzeitige niederländische Außenministerin bezeichnet. Er wurde aktualisiert, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sie dieses Amt nicht mehr innehat.

Oren Ziv ist Fotojournalist, Gründungsmitglied des Fotokollektivs „Activestills“ und Mitarbeiter bei „Local Call“.

Quelle: <https://www.972mag.com/shin-bet-dossier-palestinian-ngos/>

(1)

- Al Haq: <https://www.alhaq.org>
- Addameer: <https://www.addameer.org>
- Bisan Center: <https://www.bisan.org>
- Defense For Children International, PALESTINE: <https://www.dci-palestine.org>
- Union of Agricultural Work Committees: <https://www.uawc-pal.org/index.php?&lang=en>
- Union of Palestinian Women's Committees: <http://upwc.org.ps/?lang=en>

(2)

<https://www.jpost.com/israel-news/israel-hasnt-given-us-evidence-linking-ngos-to-terror-irish-fm-says-683844>

(3) *Mundubat* ist eine baskische Entwicklungs-NRO

(Innerhalb des Artikels gibt es zahlreiche weiterführende Links)

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Siehe auch den Artikel:

Sie sind die Verbrecher, wir glauben an Gerechtigkeit

<https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/die-verbrecher-sind-sie-wir-glauben-an-gerechtigkeit-nov-2021.pdf>